

ÖDP Nürnberg – Ausgabe 1/2018

Die Öko-Demokraten

Reissnagel



Rundbrief des Kreisverbandes Nürnberg

ÖDP initiiert Volksbegehren

„Rettet die Bienen! Stoppt das Artensterben“

In ganz Bayern sammelt die Ökologisch-Demokratische Partei bereits seit Wochen und noch bis Anfang September Unterschriften für ein Volksbegehren, das eine Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes zugunsten der Artenvielfalt fordert. Zahlreiche weitere Organisationen und auch andere Parteien haben sich mittlerweile dieser Initiative der ÖDP angeschlossen.

Falls Sie mit uns Unterschriften sammeln möchten, können Sie Listen dafür unter E-Mail info@volksbegehren-artenvielfalt.de oder auf der Webseite www.volksbegehren-artenvielfalt.de anfordern, wo Sie auch weitere Informationen finden. Falls Sie einfach nur selbst unterschreiben möchten, wenden Sie sich gerne an unseren Kreisverband.

In den letzten 50 Jahren sind 75% aller Fluginsekten in Deutschland verschwunden. Der Vogelbestand ist um 65% zurückgegangen, und in Bayern sind weit über die Hälfte der Bienenarten vom Aussterben bedroht oder bereits ausgestorben...

Bei all den dramatischen Nachrichten, die uns täglich über Radio, Zeitung, Fernsehen und Internet vorgesetzt werden, könnte man in Depressionen versinken oder in einer „Nach-mir-die-Sintflut-Mentalität“ abstumpfen. Man könnte aber auch die Ärmel hochkrepeln, zum Spaten greifen, ein paar Quadratmeter Rasen umgraben und Blühpflanzen säen.

In Bayern haben wir aber auch die besondere Möglichkeit, uns direkt an der Gesetzgebung zu beteiligen und auf diese Weise das Naturschutzgesetz so zu verfeinern, dass genügend Biotope netzartig verbunden werden, dass die Insekten immer wieder zu neuen Nahrungsinseln finden. Die Ökologische Landwirtschaft soll eine Stärkung erfahren, dass Bauern von ihrer wertvollen Arbeit leben können, und der Naturschutz einen ebenso hohen Stellenwert bekommt wie die Nahrungsmittelproduktion. In der Ausbildung der Land- und Forstwirte muss der Artenschutz ein

wichtiges Thema werden, so dass Alternativen zum Pestizideinsatz erforscht und gelehrt werden.

Um diese Gesetzesänderungen zu erreichen hat die Ökologisch-Demokratische Partei ÖDP Bayern das Volksbegehren „Rettet die Bienen! Stoppt das Artensterben“ gestartet. Sind Sie in Bayern wahlberechtigt? Dann unterstützen Sie dies mit Ihrer Unterschrift!

Dass sich das lohnt, zeigt der Erfolg des von der ÖDP initiierten Volksbegehrens: Wenn wir dafür Unterschriften sammeln wie zuletzt am Rande des Klassik Open Airs, dann begegnen wir vielen Menschen, denen der Schutz der Natur ein echtes Anliegen ist und die dazu auch zu persönlichem Verzicht bereit sind.

STOPPT das
ARTENSTERBEN
Letzte Chance:
Volksbegehren

X Jetzt unterschreiben!





Die CSU dreht durch Polizeiaufgaben- und Psychiatriegesetz schränken die Freiheit in Bayern ein

Was die Maß ist, weiß wohl jeder in Bayern, was das rechte Maß ist, dafür scheint der regierenden CSU das Gespür zunehmend abhanden zu kommen und beschädigt die sonst so gerühmte Liberalitas Bavariae. Obwohl Bayern das sicherste Bundesland ist und die Kriminalitätsrate so niedrig wie seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr, überdreht die CSU in Sachen Sicherheitspolitik völlig, mit dem sommerlichen Asylstreit um die Zurückweisungen an den Grenzen (maximal fünf Personen täglich), einer eigenen Grenzpolizei (welche Beamte aus der Fläche abzieht) und mit zwei Gesetzen, dem Polizeiaufgabengesetz (PAG) und dem Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG). Gegen beide Gesetze gibt es empörte Reaktionen, von Sozialverbänden und Kirchen, Experten und nicht zuletzt den Bürgern selbst.

Beim Psychiatriegesetz hatte der Protest erste Erfolge, die Staatsregierung lenkte ein und hat nun eine entschärfte Version auf den Tisch gelegt, die nach der Sommerpause verabschiedet werden soll. Zu groß war die Empörung, selbst in den eigenen Reihen. Der eine Teil des ur-

sprünglichen Gesetzes enthielt tatsächlich Hilfen für psychisch kranke Menschen, wie einen 24-Stunden-Krisendienst. Doch der andere Teil des Gesetzes wirkte wie ein weiteres Polizeigesetz. Psychisch Kranke wurden quasi mit Straftätern gleichgesetzt. Sie wären wie im Maßregelvollzug untergebracht worden, inklusive Einschränkung von Besuchen, Telefonüberwachung und Leibbesitationen. Obendrein sollten die Daten der Patienten für fünf Jahre in einer Datei gespeichert werden, auf die unter anderem auch die Polizei jederzeit Zugriff hätte. Das meiste davon ist nun abgemildert oder eliminiert worden. Dennoch stellt das Gesetz weiterhin Depressive unter Generalverdacht und stigmatisiert so kranke Menschen und schürt damit Ängste.



Beim PAG blieb die CSU aber hart, obwohl im Frühjahr zwischen 30.000 und 40.000 Menschen in München und rund 6.000 in Nürnberg dagegen auf die Straße gingen, die ÖDP war mit dabei. Neben Sinnvollem, wie Verbesserungen beim Datenschutz, beinhaltet das PAG auch massive Eingriffe in die Grundrechte der Bürger. So können künftig Personen theoretisch unbegrenzt in Haft genommen werden, ohne Anklage, ohne Anrecht auf einen Anwalt! Zudem darf der Staat umfassend Daten sammeln, dazu gehören die Gesichtserkennung durch Kameras, weitreichende DNA-Analysen, Abhörmaßnahmen, Zugriff auf private Speicher und so weiter. „Damit ist eine totale Überwachung möglich“, befindet der Rechtsanwalt Hartmut Wächtler, der im Landtag als Sachverständiger gehört wurde. Der Richter Markus Löffelmann befand, künftig be-

komme jeder bayerische Polizist mehr Befugnisse als das Bundeskriminalamt. Zahlreiche Rechtswissenschaftler halten das Gesetz für verfassungswidrig.

Das Hauptproblem: all diese Eingriffsmöglichkeiten sollen künftig nicht mehr nur bei konkreten Gefahren, sondern schon bei „drohender Gefahr“ möglich sein. Die CSU beruft sich dabei auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Die

Verfassungsrichter erlaubten die Absenkung der Eingriffsmöglichkeiten bei „drohender Gefahr“ jedoch ausschließlich für die Terrorabwehr. Das PAG weitet diese Sonderbefugnis aber auf alle möglichen Bereiche aus. Dabei ist das bisherige Polizeirecht völlig ausreichend gewesen. Eine Notwendigkeit für derart massive Ausweitungen der Eingriffsmöglichkeiten und Einschränkung der Grundrechte gibt die objektive Sicherheitslage nicht her. Die neuen Befugnisse führen hingegen dazu, dass das Vertrauen zwischen Bürgern und Polizei verloren geht, davor warnt etwa die Gewerkschaft der Polizei. Es scheint, als wolle die CSU mittlerweile wie Ungarns Regierungschef Viktor Orban einen illiberalen Staat errichten. Gute Nacht Liberalitas Bavariae.

Bericht aus dem Stadtrat



Thomas Schrollinger

Ein großer Erfolg für die ÖDP ist die Erhaltung des 30 ha großen Waldgebietes südlich der Wiener Straße im Eibacher Forst. Ursprünglich war die Fläche als Gewerbegebiet im Flächennutzungsplan (FNP) ausgewiesen. Der Hafen meldete bereits Begehrlichkeiten als erweitertes „Hafenindustrieggebiet Süd“ an. Jahrelang setzte sich die ÖDP für dieses an zahlreichen seltenen Tier- und Pflanzenarten reichen Waldstück ein.

In der Stadtratssitzung vom 2. Mai konnte nun die entsprechende Änderung im FNP beschlossen werden. Das Gebiet ist nun offiziell kein Gewerbegebiet mehr, sondern als Waldfläche geschützt.

Ein weiterer Erfolg ist der Erhalt der großen Weide im Delta zwischen der Straße „Hintern Bahnhof“ und der Allersberger Straße. Sie sollte im Zusammenhang mit dem geplanten Radweg an der Südseite des Hauptbahnhofes gefällt werden. Aufgrund meines Antrags vom 6.4.2018 konnte die Verwaltung nun eine alternative Wegeführung planen und den wertvollen Baum somit erhalten.

Anstoß für ein nachhaltiges Winterfestival

Vor allem in den sozialen Netzwerken fand folgender Vorstoß eine große und positive Resonanz: Im Dezember brachte ich mit einem Stadtratsantrag die Idee eines alternativen, nachhaltigen Winterfestivals nach dem Vorbild des Münchner „Wintertollwood“ im Rathaus ein. Eine Kombination aus einem bunten Markt nachhaltiger Produkte und Geschenkideen und einem herausragenden Programm kultureller Veranstaltungen im Kontext von Ökologie, Demokratie und Toleranz fehlt in diesem vorweihnachtlichen Format bislang in Nürnberg. Unserer international etablierten „Weihnachtsstadt“ stünde es gut, den traditionellen Christkindlesmarkt mit einem nachhaltig orientierten Winterfestival zu bereichern. Als „Stadt der Menschenrechte“ könnten gerade in der Vorweihnachtszeit Werte wie Toleranz, Internationalität und Offenheit kreativ vermittelt werden. Aufbauend auf dem zweitägigen Format des „Winterkiosks“ im Künstlerhaus hätte Nürnberg auch das Potential für ein mehrwöchiges Winterfestival.

Aktuell bin ich dabei, ein Netzwerk zu knüpfen mit möglichen Kooperationspartnern. Ein erstes Kernteam arbeitet derzeit an einem Konzept für ein erstes Winterfestival im Dezember 2020 im Innen- und Aussenbereich des Z-Baus. Dazu braucht es nun eine erste Anschubfinanzierung. Wer bei der Sponsorsuche helfen möchte oder sich auch selbst bei diesem Großprojekt einbringen möchte, ist herzlich eingeladen, sich bei mir zu melden (thomas.schrollinger@oedp.de).

Besuchsregelung in Kindertageseinrichtungen

Leider vergeblich setzte ich mich mit einem Stadtratsantrag für die Beibehaltung der flexiblen Besuchsregelung in den Kindertageseinrichtungen ein. Die beschlossene Kernzeitenregelung stieß bei zahlreichen Eltern auf deutlichen Widerstand, weil sie darin eine nicht hinnehmbare Beeinträchtigung des Familienalltags befürchteten.

Wegebeziehungen

Weiterhin beantrage ich im Stadtrat die Verlegung der Endhaltestelle Kornburg-Schleife auf den Parkplatz der beiden Verbrauchermärkte nach Kleinschwarzenlohe. Südlich der A6 könnte damit vor allem mehr Pendlerverkehr durch Kornburg vermieden werden.

Im Juni stellte ich den Stadtratsantrag, einen Weg im Rednitztal der im Januar 2014 verstorbenen Annenmarie Brouer zu widmen. Frau Brouer setzte sich als langjährige Vorsitzende des „Vereins zum Schutz des Rednitztals“ unermüdlich für den Erhalt dieser Naturfläche ein. Aufgrund ihrer Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit konnte dort schließlich auch der geplante Bau der B2a/A77 verhindert werden. Bis zuletzt kämpfte sie auch mit uns als ÖDP gegen den Bau der Flughafen-Nordanbindung und den kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellweges.

Bewegung in der Radwegförderung

Nachdem sich die drei Fraktionsspitzen von SPD, CSU und Grüne zu einer deutlichen Steigerung des Radwegebaueinsatzs bekannten, können wir diesen „Sinneswandel“ nur begrüßen. Diejenigen, die uns in diesem Anliegen regelmäßig die kalte Schulter zeigten, scheinen nun allmählich einzusehen, dass wir in Nürnberg eine grundlegende Richtungsänderung in der Radwegförderung brauchen. Bei einem Investitionsstau von 80 Millionen EUR allein im Radwegbau muss aber die Frage erlaubt sein, was die Kollegen der drei Fraktionen letztlich in den letzten Jahren daran gehindert hat, diesen Schritt schon eher zu gehen.

Seenotrettung

Am 6.8.2018 beantragte ich, dass sich die Stadt Nürnberg offiziell der Seenotrettungs-Initiative einiger deutscher Großstädte anschließen und gegenüber der Bundesregierung die Bereitschaft signalisieren soll, zusätzlich aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen. Die Forderung nach einer europäischen Lösung für die Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen sollte damit impliziert sein.





Jan Gehrke

Derzeit wird auf Grundlage eines Stadtratsbeschlusses ein lokaler Aktionsplan zur Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderung entsprechend der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen vorbereitet. Ich gehöre der Nürnberger Inklusionskonferenz an, die nun alle Bürgerinnen und Bürger einlädt, sich in einem der acht Handlungsfelder zu engagieren. Dazu werden folgende Arbeitsgruppen gebildet:

Anmeldung zu den Arbeitsgruppen zum Aktionsplan

AG 1: Arbeit und Beschäftigung; AG 2: Gesundheit/Prävention/Reha/Pflege; AG 3: Bildung im Lebensverlauf; AG 4: Kinder/Jugendliche/Familie/Partnerschaft; AG 5: Bauen und Wohnen; AG 6: Mobilität im öffentlichen Raum; AG 7: Kultur/Freizeit/Sport; AG 8: Gesellschaftliche und politische Teilhabe sowie Persönlichkeitsrechte.



Jan Gehrke lief beim Firmenlauf 2018 für „Team Integrationsrat“

Auftakt der Arbeitsgruppen wird am 14. November 2018 sein. Falls Sie sich an einer der Gruppen beteiligen oder weitere Informationen möchten, melden Sie sich bitte bis zum 28. September 2018 unter E-Mail sha-inklusionskonferenz@stadt.nuernberg.de oder Telefon 0911 231-3372.

Neufassung der städtischen Integrationsleitlinien

Ich war im Stadtrat auch intensiv an der Aktualisierung der Integrationsleitlinien beteiligt, die erstmals im Jahr 2004 beschlossen wurden. Seitdem hat sich die Stadtgesellschaft ebenso verändert wie die Verwaltungsstruktur der Stadt Nürnberg. Die aktualisierten Leitlinien stehen unter dem Motto „Vielfalt schätzen.

Teilhabe stärken. Zukunft gestalten“ und sollen von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen werden. Fordern Sie die Leitlinien bei Interesse gerne bei mir an (jan.gehrke@oedp.de).

Termine und Aktionen

Dienstag 11. September 19:00 Uhr

Vortrag: „Hintergründe und Ziele des Volksbegehrens: Rettet die Bienen – stoppt das Artensterben!“
Referent: Bernhard Suttner
Ort: Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6, 90429 Nürnberg

Dienstag 18. September 19:00 Uhr

Vortrag: „Das neue Polizeiaufgabengesetz – Notwendigkeiten und Risiken“
Referent: Klaus Mrasek, ÖDP Landesvorsitzender und Polizist aus Amberg
Ort: Villa Leon, Philipp-Körber-Weg 1, 90439 Nürnberg

Donnerstag 4. Oktober 19:00 Uhr

Vortrag: „Digitale Demenz“
Referent: Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer
Ort: Kleine Meistersingerhalle, Münchener Str. 19, 90478 Nürnberg
Eintritt: 12,00 € (Erm. 8,00 €)
Reservierungen unter: reservierung@oedp-nuernberg.de

Sonntag 14. Oktober 2018 Landtags- und Bezirkswahl

Wir freuen uns über Erst- und Zweitstimmen für die ÖDP

Montag 22. Oktober 19:00 Uhr Mitgliederversammlung

Aktuelle Termine finden Sie unter www.oedp-nuernberg.de

Impressum

Verantwortlich für Inhalt, Konzeption und Realisierung:

ÖDP-Kreisverband Nürnberg
Postfach 510252 · 90216 Nürnberg
info@oedp-nuernberg.de

Kreisvorstand:

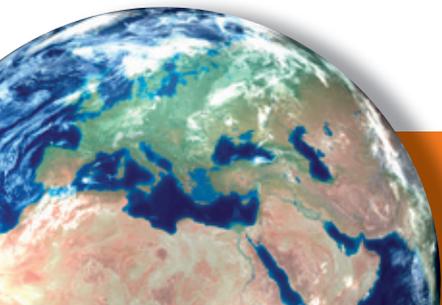
Ludwig Hager (Kreisvorsitzender), Franz Stryz (stellvertretender Kreisvorsitzender), Inga Hager (Schatzmeisterin), Patrizia Beier, Gisela Kestler, Vera Kestler, Heinrich Ott, Christian Rechholz, David Schrollinger

Redaktion: Inga Hager, Jan Gehrke

Spendenkonto:

ÖDP Nürnberg, Evangelische Bank eG,
IBAN: DE82 5206 0410 0005 3679 64, BIC: GENODEF1EK1

Fotonachweis: © Ludwig Hager und Jan Gehrke



„Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse,
aber nicht für jedermanns Gier.“

Mahatma Gandhi